



## »Solide Staatsfinanzen machen uns handlungsfähig«

**Was stärkt Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Krisenzeiten – und wo schwächt das System? Hierzu tauschten sich RHI-Geschäftsführer Dr. Martin Lang mit Prof. Dr. Martin Werding, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, am Rande der zehnten Verleihung des Roman Herzog Forschungspreises aus.**

**Herr Professor Werding, die Soziale Marktwirtschaft wird in diesem Jahr 75. Wie gut ist sie für die aktuellen Herausforderungen aufgestellt?**

Die Soziale Marktwirtschaft ist ein flexibles, ein lernendes System, das es uns ermöglicht, mit Krisen umzugehen. Daher sehe ich sie prinzipiell gut aufgestellt. Wir sollten auf die Probleme reagieren und versuchen, sie im Modus der Sozialen Marktwirtschaft zu lösen.

**Müssten wir politische Entscheidungen nicht eher strategisch treffen, als bloß zu reagieren?**

Eine übergeordnete Strategie, welche die Schocks von morgen und übermorgen antizipiert, kann es nicht geben.

**Angesichts der vielen Krisen – etwa Klima, Krieg, Energie, Inflation, Migration – sind Prioritäten doch wichtig ...**

Hier ist zu unterscheiden zwischen »Langstreckenthemen« und kurzfristigen; manche hängen zusammen – wie der Krieg in der Ukraine mit unserer Energieversorgung und der Inflation. Andere Themen gruppieren sich zueinander, zum Beispiel Fachkräftemangel und Migration. Wir müssen an vielen relevanten Fragen gleichzeitig arbeiten und die langfristigen Themen dabei nicht aus den Augen verlieren – sonst bleiben wir im »Muddling-through« stecken.

**Zur Bekämpfung der Krisen gibt der Staat viel Geld aus. Ist das sinnvoll?**

In bestimmten Situationen ist ein solches Vorgehen hilfreich – etwa während der Pandemie. Aber nicht alle Krisen lassen sich mit Geld lösen und natürlich können nicht ganze Branchen dauerhaft am Tropf staatlicher Subventionen hängen. Wenn der Finanzminister im Krisenfall sein Portemonnaie aufmacht, muss es dafür einen zeitlichen Horizont und ein Ausstiegsszenario geben.

Letztlich ist auch klar: Der Staat zahlt ja gar nicht selbst. Er verteilt Lasten auf heutige und künftige Steuerzahler. Der Belastung künftiger Generationen sind jedoch Grenzen gesetzt, sonst ist die Verschuldung nicht mehr tragfähig.

### **Welche Risiken sind denn mit hohen Schulden verbunden?**

Dass in künftigen Krisen die Mittel nicht ausreichen. In der Vergangenheit hieß es oft: Warum nicht mehr Schulden aufnehmen? Jetzt sehen wir, warum Haushaltskonsolidierung wichtig war und ist: um zur rechten Zeit Handlungsspielräume zu haben!

### **Der Staat greift auch tief in die Tasche, damit die Renten stabil bleiben. Wie lange kann das gutgehen?**

Wir nutzen den Bundeshaushalt zur Mitfinanzierung des Rentensystems. Das Problem ist dabei weniger der Bundeszuschuss an sich als seine Dynamik. Für dringend nötige Investitionen – etwa in die Infrastruktur – stehen immer weniger Mittel zur Verfügung. Langfristig muss man über die private Co-Finanzierung öffentlicher Projekte nachdenken. Auch könnten wir die Regeln überprüfen, die festlegen, wofür der Staat sich verschulden darf. Bei Einführung der Schuldenbremse hatte der Sachverständigenrat vorgeschlagen, Kreditaufnahmen in Höhe der Netto-Investitionen zu erlauben.

### **Auch in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung gibt es enorme Defizite. Wie können wir eine gute medizinische Versorgung dauerhaft finanzieren?**

Unser Gesundheitssystem arbeitet teilweise ineffizient, vor allem an den Schnittstellen zwischen stationärer und ambulanter Versorgung sowie zwischen Kranken- und Pflegekassen. Wenn es gelingt, diese Ineffizienzen zu beseitigen, können wir Kosten dämpfen, ohne die Qualität in der medizinischen Versorgung und in der Pflege einzubüßen.

### **Durch die Alterung der Bevölkerung gehen der deutschen Wirtschaft jedes Jahr Fachkräfte verloren. Kann qualifizierte Einwanderung die Lücke füllen?**

Um den demografisch bedingten Schwund an Arbeitskräften auszugleichen, bräuchte es eine Netto-Einwanderung von 400.000 Menschen pro Jahr. Hierfür wären rund 1,5 Millionen Zuzüge notwendig – Jahr um Jahr, bis 2040



und noch länger. Aus EU-Ländern kommen zwar viele junge Menschen zum Studieren nach Deutschland, aber sie bleiben nicht. Wir müssen uns also fragen: Wie wird Deutschland als Einwanderungsland attraktiv? – und nicht: Wie filtern wir die Richtigen heraus? Es bringt wenig, auf dem hohen Ross zu sitzen und bürokratische Hürden aufzubauen – wie den Gleichwertigkeitsnachweis zur beruflichen Ausbildung. Der Sachverständigenrat empfiehlt, die Arbeitgeber stärker in die Auswahlprozesse einzubinden.

»**Friend-Shoring wäre bei einigen kritischen Inputs vorteilhaft.**«

**Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen wird mehr »strategische Autonomie« von Handelspartnern wie China gefordert. Eine weitere wirtschaftliche Abkoppelung droht aber, unseren Wohlstand zu gefährden. Was also tun?**

Strategische Handelspolitik kann nicht darin bestehen, sich komplett autonom zu machen. Im Fall Chinas ist zu fragen, bis zu welchem Punkt wir von der Partnerschaft profitieren und ab wann wir zu abhängig sind. Diese Balance zu finden, ist auch im Interesse von Unternehmen. Bei einigen kritischen Inputs wäre es vorteilhaft, Lieferketten hin zu mehr »Friend-Shoring« umzubauen.